

Antrag A 2: Kapitel 2 Landtagswahlprogramm

Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Nein:	0
	Enthaltung:	1

1 Die Demokratie verteidigen und stärken

- 2 Bereits vor der Corona-Krise standen die demokratischen Institutionen auch in
3 Thüringen unter rassistischem und rechtspopulistischem Druck. Die rechtsextremen
4 Terroranschläge und Morde der vergangenen Jahre haben die tödliche Gefahr von
5 rechts schmerzhaft aufgezeigt. Rechtsextreme Vorfälle bei der Bundeswehr und in
6 den Sicherheitsbehörden unterstreichen, dass sich unsere Gesellschaft gefährlich
7 nach rechts entwickelt hat und weiter entwickeln wird, wenn die demokratische
8 Mehrheit dem nicht Einhalt gebietet.
- 9 Wir, DIE LINKE. Thüringen, gehen davon aus, dass es mehr als 75 Jahren nach der
10 Befreiung vom deutschen Faschismus die Verantwortung aller demokratischen Kräfte
11 in unserem Land ist, Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Sexismus und
12 Rassismus aller Schattierungen entgegenzutreten. Die Verteidigung einer
13 antifaschistischen und offenen Gesellschaft ist das Fundament unseres
14 Zusammenlebens. Hierfür sind gesellschaftlicher Antifaschismus und
15 zivilgesellschaftliches Engagement sowie die entsprechende staatliche und
16 öffentliche Unterstützung erforderlich.
- 17 Wichtige Elemente zur Verteidigung und Stärkung unserer Demokratie sind die
18 Erweiterung der demokratischen Mitsprache und Mitentscheidungen in den Kommunen
19 und auf der Ebene des Landes sowie die Transparenz der politischen
20 Entscheidungen. Wir wollen, dass Ausschusssitzungen im Thüringer Landtag und in
21 den kommunalen Parlamenten und Vertretungen grundsätzlich öffentlich
22 stattfinden.
- 23 Zur Stärkung der Demokratie gehört die bessere Anerkennung ehrenamtlicher
24 Arbeit. Wichtig sind eine demokratische Bildungs- und eine lebendige
25 Erinnerungsarbeit sowie ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk, der seinem
26 Bildungsauftrag gerecht wird und dabei durch die demokratische Öffentlichkeit
27 kritisch begleitet werden muss. Es braucht eine Stärkung der Kultur des
28 kritischen und selbstkritischen Umgangs mit dem Agieren und mitunter auch
29 fehlerhaftem Handeln insbesondere der Sicherheitsbehörden.
- 30 Die mit Beginn der Corona-Pandemie vorgenommenen Beschränkungen von Freiheits-
31 und Grundrechten waren aufgrund der gegebenen Situation, in der niemand wusste,
32 wie groß die Gefahr tatsächlich ist, zum Schutz des Grundrechts auf Leben und
33 Gesundheit, zunächst notwendig.
- 34 Wir, DIE LINKE. Thüringen, haben von Beginn an klargestellt, dass jede
35 Einschränkung verhältnismäßig, überprüfbar und auf das Ziel des
36 Gesundheitsschutzes bezogen sein muss. Es darf keine Selbstermächtigung der

37 Regierungen und Verwaltungen geben. Gesellschaftliches und politisches
38 Engagement müssen unter Beachtung des Gesundheitsschutzes möglich bleiben. Wir
39 werden nachdrücklich darauf bestehen, dass alle Beschränkungen von Freiheits-
40 und Grundrechten nach dem Ende der Pandemie unverzüglich aufgehoben werden.

41 Wir stellen uns entschieden den Versuchen der extremen Rechten, von
42 Reichsbürgern und Realitätsleugnern entgegen, unter dem Vorwand des Verweises
43 auf vermeintliche und tatsächliche Grundrechtseinschränkungen selbst Demokratie,
44 Menschenwürde und Menschenrechte schwächen und zerstören zu wollen.

45 **Für gesellschaftlichen Antifaschismus!**

46 Mehr als zweihundert Todesopfer rechter Gewalt sind seit 1990 in Deutschland zu
47 beklagen. NSU, die Anschläge in Kassel, Halle, Hanau, eskalierender Rassismus,
48 zahlreiche gewalttätige Übergriffe auf People of Colour, schwarze Menschen,
49 Jüdinnen und Juden, Geflüchtete, Linke, LGBTTIQ*, Feminist*innen; rechter Hass
50 auf den Straßen, in den Parlamenten und im digitalen Raum machen deutlich: Seit
51 der Wiedervereinigung war ein moderner Antifaschismus, der antidemokratische
52 Tendenzen konsequent erkennt, benennt und bekämpft, noch nie so notwendig wie
53 heute.

54 Die staatlichen Institutionen und die Zivilgesellschaft müssen sich erstarkendem
55 Rassismus und der extremen Rechten sowie der Zunahme von Diskriminierung
56 entgegenstellen. Menschen, die sich für Demokratie, Menschenrechte und eine
57 solidarische Gesellschaft einsetzen, müssen besser unterstützt und geschützt
58 werden.

59 Wir, DIE LINKE. Thüringen, setzen uns für einen modernen gesellschaftlichen
60 Antifaschismus ein, der reflektiert: Antifaschismus darf kein inhaltsleerer
61 Legitimationsmythos sein, sondern muss gesellschaftliche Verhältnisse ehrlich
62 analysieren und kritisieren. Antifaschismus ist für uns das Versprechen der
63 unangetasteten Gleichwertigkeit sowie der Freiheit aller Menschen und die
64 entschlossene Abwehr aller Ideologien, Bewegungen, Parteien und Zustände, die
65 dies infrage stellen.

66 Für alle Menschen, gleich welcher Herkunft und gleich welcher tatsächlichen oder
67 zugeschriebenen sozialen Identität, wollen wir gleiche politische und soziale
68 Rechte sowie den gleichen Schutz vor staatlicher, wirtschaftlicher oder
69 vorurteilsgeleiteter Diskriminierung erreichen.

70 Als eine Konsequenz aus der Arbeit des ersten Thüringer NSU-
71 Untersuchungsausschusses hat der Thüringer Landtag 2017 eine Enquetekommission
72 „Auseinandersetzung mit Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in
73 Thüringen“ eingesetzt. Diese Kommission erarbeitete Empfehlungen für Maßnahmen
74 zur Eindämmung von Rassismus und Diskriminierung. Sie wollen wir ebenso wie die
75 noch nicht umgesetzten Empfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse in ihrer
76 Gesamtheit umsetzen.

77 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Antifaschismus als Staatsziel im
78 Grundgesetz und in der Thüringer Verfassung verankert wird.

- 79 • Wir werden neben der bereits in der Staatskanzlei angesiedelten
80 Antidiskriminierungsstelle, die künftig vor allem eine koordinierende und
81 administrativ beratende Funktion haben soll, eine unabhängige,
82 niedrigschwellig erreichbare Antidiskriminierungsberatung etablieren. Mit
83 einem Landesantidiskriminierungsgesetz wollen wir Schutz vor rassistischer
84 Diskriminierung, vor Diskriminierungen wegen der ethnischen Herkunft, des
85 Geschlechts, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, einer
86 chronischen Erkrankung, des Lebensalters, der sexuellen Identität und des
87 sozialen Status bieten. Das Landesantidiskriminierungsgesetz soll
88 Schutzlücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) schließen und
89 insbesondere bestehende Diskriminierung durch hoheitliches Handeln
90 beseitigen. Es soll ein Verbandsklagerecht, verlängerte Klagefristen und
91 mindestens die Beweislastleichterung für von Diskriminierung Betroffene
92 enthalten. Auf Bundesebene wollen wir uns für die Novellierung des AGG
93 einsetzen. Mit einem zu bildenden und beratend tätigen
94 zivilgesellschaftlich aufgestellten Gremium wollen wir die Landesregierung
95 bei der Erarbeitung von Strategien gegen Rassismus, Antisemitismus,
96 Antifeminismus und Neonazismus unterstützen. Wir werden eine
97 Antirassismusbeauftragte bzw. einen Antirassismusbeauftragten als
98 Ansprechperson für Betroffene von Rassismus und Diskriminierung und für
99 öffentliche Einrichtungen einsetzen.
- 100 • Wir wollen Beratungs- und Weiterbildungsangebote gegen Hass-Sprache (Hate-
101 Speech), Desinformation und Verschwörungsideologien in sozialen Netzwerken
102 für Schulen, in der Jugendarbeit und der Erwachsenenbildung schaffen, weil
103 soziale Medien als Verstärker von rassistischen, neonazistischen,
104 islamfeindlichen, antisemitischen und auch islamistischen Ideologien
105 dienen. Wir werden eine online-Meldestelle für Hass-Sprache und
106 diskriminierende Äußerungen einrichten, um diese besser erfassen und
107 Gegenmaßnahmen besser abstimmen zu können. Wir wollen Hass-Sprache und die
108 Radikalisierung in sozialen Netzwerken stärker erforschen lassen. Wir
109 werden eine unabhängige Beratungsstelle für Hate-Speech etablieren, um
110 schwerwiegende Folgen für Betroffene abzumildern und zu verhindern. Polizei
111 und Justiz wollen wir personell besser in die Lage versetzen,
112 Hasskriminalität im Netz strafrechtlich zu verfolgen und entsprechende
113 Bildungsangebote dafür ausbauen.
- 114 • Wir widersetzen uns den Angriffen von CDU und AfD auf das Landesprogramm
115 für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit/Gewaltprävention und
116 Mitbestimmung. Wir werden im Zuge der anstehenden Aktualisierung des
117 Landesprogramms ein Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen, um
118 Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung endlich gesetzlich zu
119 verankern und langfristig abzusichern. Zudem werden wir angesichts der
120 Zunahme rechts und rassistisch motivierter Übergriffe die Förderung der
121 Opferberatung ezra und der Mobilen Beratung gegen Rechts (Mobit) erhöhen
122 und das Landesprogramm finanziell besser ausstatten, um die

- 123 Selbstorganisation und gesellschaftliche Teilhabe migrantischer Gruppen zu
124 stärken.
- 125 • Wir setzen uns nachhaltig für die Professionalisierung der
126 Demokratieförderung offline und online durch die Schaffung eines
127 entsprechenden Studiengangs ein.
 - 128 • Antifaschistische Bildung braucht mehr Raum in den Thüringer Lehrplänen,
129 die Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Deutschen im
130 Nationalsozialismus braucht eine bessere und umfassendere Thematisierung.
131 An Schulen sollen Projekte zur Demokratieförderung und gegen
132 Menschenfeindlichkeit stattfinden, bei denen auch Biographien von
133 Widerstandskämpfer:innen eine stärkere Rolle spielen.
 - 134 • Mit einer kontinuierlich gesicherten Förderung von Soziokultur,
135 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit und der
136 Unterstützung von Freiräumen gerade im ländlichen Raum wollen wir
137 Jugendliche und junge Erwachsene präventiv gegen menschenverachtende
138 Ideologien stärken. Die Auseinandersetzung mit diskriminierenden Positionen
139 wollen wir von der Schule bis zur Erwachsenenbildung ausbauen und fördern.
140 Die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung gewinnt dabei an
141 weiterer Bedeutung. Sowohl die Landeszentrale für politische Bildung, als
142 auch die Träger der Erwachsenenbildung in Thüringen sind hierfür
143 unverzichtbare Partner, die wir entsprechend stärken werden.
 - 144 • Wir wollen einen Unterstützungsfonds in Thüringen einrichten, der für
145 Betroffene rassistischer, antisemitischer und rechts motivierter Straftaten
146 unbürokratisch Hilfe und Entschädigung bietet. Wir wollen die Weiterbildung
147 von Polizei und Staatsanwaltschaften professionalisieren und verstetigen,
148 insbesondere auch um die Analysekompetenzen zu aktuellen Erscheinungsformen
149 von Neonazismus, Rassismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus zu
150 erhöhen. Ebenso müssen entsprechende Weiterbildungen etabliert werden, um
151 für die Arbeit mit Betroffenen zu sensibilisieren. Opfer von rechter,
152 rassistischer und antisemitischer Gewalt wollen wir auch durch bessere
153 räumliche Rahmenbedingungen und Begleitangebote während
154 Gerichtsverhandlungen und juristischer Verfahren unterstützen. Wir werden
155 uns für die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur
156 effektiveren Strafverfolgung von extrem rechten Straftaten einsetzen, auch
157 angesichts der Umstände, dass die Verfolgung von Hasskriminalität im
158 Internet quantitativ zunehmen wird. Wir setzen uns für eine offizielle
159 Kampagne des Freistaates Thüringen ein, die die Betroffenen von
160 Hasskriminalität dazu ermutigt, Straftaten zur Anzeige zu bringen. Auch
161 dafür ist die Errichtung einer Internetwache dringend geboten, mit der
162 sichergestellt wird, dass Anzeigen jederzeit online erstattet werden
163 können.
 - 164 • Wir setzen die langfristige Förderung des „Thüringen Monitors“ fort, um ein
165 regelmäßiges wissenschaftliches Berichtswesen der Landesregierung zum Stand

166 der demokratischen Kultur und über Bedrohungen für die Demokratie zu
167 etablieren.

168 Auf der Bundesebene werden wir uns für eine neu zu schaffende und
169 unbürokratische Grundrente für Überlebende und Hinterbliebene
170 rechtsterroristischer, rassistischer, antisemitischer und islamistischer
171 Attentate und schwerer Gewalttaten einsetzen. Wir wollen eine Erweiterung der
172 Rechte Betroffener nach §25 Aufenthaltsgesetz (humanitäres Bleiberecht für
173 Betroffene rassistischer Gewalt ohne festen Aufenthaltsstatus). Die
174 entsprechende Thüringer Regelung wollen wir verbessern. Wir werden einen
175 besseren Opferschutz in der Strafprozessordnung anregen.

176 Um Neonazis den Zugriff auf Waffen zu untersagen, fordern wir eine Verschärfung
177 des Waffengesetzes. Der Besitz von Waffen in den Händen von Neonazis stellt eine
178 ungeahnte Bedrohung vieler Menschen dar und muss deshalb konsequent
179 ausgeschlossen werden. Wir wollen qualifizierte Zuverlässigkeitsprüfungen für
180 Waffenbesitzer. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, noch umfassender als
181 bisher bestehende Waffenerlaubnisse zu widerrufen und eine effektivere
182 Kontrollpraxis umzusetzen.

183 Um entschiedener gegen aktuelle rechte Strukturen und Erscheinungsformen
184 vorgehen zu können, fordern wir eine Aktualisierung der Paragraphen 86 und 86a
185 Strafgesetzbuch (StGB). Wir fordern zudem rechtliche Sicherheit für politische
186 Bildung und zivilgesellschaftliches Engagement, denn Antifaschismus ist
187 gemeinnützig!

188 Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland die im 6. Bericht der vom Europarat
189 ins Leben gerufenen Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz
190 (ECRI) vom 20. März 2020 enthaltenen Forderungen endlich zügig umsetzt.

191 Wir setzen uns weiterhin dafür ein, den 8. Mai zu einem gesetzlichen Feiertag zu
192 erklären, nachdem er in Thüringen bereits ein Gedenktag ist. Unser Ziel ist es,
193 den Tag der Befreiung vom Faschismus bundesweit als Feiertag zu begehen.

194 **Klare Kante gegen rechts – im Parlament und auf den Straßen!**

195 „Tag X-Szenarien“, gesellschaftliche Umsturzphantasien, massiv steigende, oft
196 antisemitisch besetzte Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit der Corona-
197 Pandemie, Überfälle auf Menschen, die zu Feindbildern von Neonazis und anderen
198 Menschenfeinden gehören: dies alles zeigt, wie notwendig umfassende Maßnahmen
199 sind, um die Demokratie zu schützen und zu stärken. Es gilt, konsequent gegen
200 diejenigen vorzugehen, die die Gesellschaft spalten wollen und versuchen,
201 Menschen wegen ihres Aussehens, ihrer Herkunft, Religion, Kultur oder Abstammung
202 oder sexuellen Orientierung und Identität zu diskriminieren.

203 Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen ohne Angst
204 verschieden sein können. Wir lassen uns im Kampf um eine solidarische Zukunft
205 nicht spalten. Dem folgend werden wir uns gegen jegliche Versuche stellen,
206 Projekte gegen Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Islamfeindlichkeit
207 anzugreifen, zu diskreditieren oder zu delegitimieren. Zivilgesellschaftlicher

- 208 Protest gegen rassistische Demonstrationen oder sonstige rechte Aktivitäten darf
209 nicht durch polizeiliche oder sonstige staatliche Maßnahmen behindert oder
210 verhindert werden.
- 211 Thüringen trägt auch wegen des neonazistischen Terrornetzwerkes NSU eine
212 besondere Verantwortung. Deshalb stehen wir in der Verantwortung, alle
213 behördlichen Möglichkeiten zu nutzen, um gegen verfassungs- und
214 demokratiefeindliche und extrem rechte Organisationen und Strukturen vorzugehen.
- 215 Mit dem NSU-Untersuchungsausschuss konnte das Umfeld des mörderischen Netzwerkes
216 weiter aufgeklärt werden. Wir haben das Thüringer Landesprogramm für Demokratie,
217 Toleranz und Weltoffenheit/Gewaltprävention und Mitbestimmung fortentwickelt und
218 verstetigt. Erste richtige Maßnahmen sind in den vergangenen Jahren in Thüringen
219 ergriffen worden, um rechte Strukturen einzudämmen. Weitere müssen folgen. Wir,
220 DIE LINKE. Thüringen, wollen diesen Weg konsequent fortsetzen.
- 221 • Wir werden das von uns vorgeschlagene und bereits im Landtag beschlossene
222 Archiv für Akten aus dem NSU-Untersuchungsausschusses sicherstellen, um
223 diese für wissenschaftliche Forschung, Zivilgesellschaft und
224 journalistische Recherche zugänglich zu machen.
 - 225 • Wir wollen die lückenlose Aufklärung von rechten Netzwerken und
226 Verbindungen in den Sicherheitsbehörden, durch Einberufung eines neuen
227 Untersuchungsausschusses. Rechtsterroristische Netzwerke, wie Nordkreuz,
228 haben in den vergangenen Jahren bei Polizei und Bundeswehr Munition und
229 Waffen entwendet, um sich auf einen Tag X vorzubereiten, an dem sie gegen
230 Linke, Migrant:innen und Jüdinnen und Juden vorgehen wollen. Diese Gefahr
231 darf nicht länger heruntergespielt werden. Rechtsradikale und
232 demokratiefeindliche Beam:innen müssen sofort entlassen werden.
 - 233 • Wir wollen gegen die Rechtsrock-Konzerte in Thüringen konsequenter
234 vorgehen. So werden wir insbesondere die Versammlungsbehörden unterstützen,
235 rechtssichere Bescheide zu erlassen. Wir unterstützen den Weg, auf
236 Bundesebene eine Präzedenzentscheidung vor Gericht zur juristischen
237 Abgrenzung von Versammlungen gegenüber kommerziellen Veranstaltungen zu
238 erwirken.
 - 239 • Wir wollen eine mobile Applikation entwickeln lassen, damit Polizistinnen
240 und Polizisten künftig noch schneller per Titelerkennung indizierte Hass-
241 Musik mit mobilen Geräten identifizieren und sofort darauf reagieren können
242 („Nazi-Shazam“-App). Auch eine Datenbank mit verbotenen Codes und Symbolen
243 der rechten Szene sollen ihnen auf diesem Wege zur Verfügung gestellt
244 werden.
 - 245 • Wir werden Stätten und Orte der Erinnerung unterstützen und ihre
246 Finanzierung sichern, die – wie die KZ-Gedenkstätten Buchenwald und
247 Mittelbau-Dora – die Opfer des deutschen Faschismus und den gegen ihn
248 gerichteten antifaschistischen Widerstand in unserem Gedächtnis wachhalten.
249 Dies gilt umso mehr, als dass es immer weniger Zeitzeuginnen und Zeitzeugen
250 gibt und die Herausforderung für unsere Gesellschaft ist, die Erinnerung zu

251 bewahren und die Verantwortung aus dem Schwur von Buchenwald
252 weiterzutragen. Dabei sind Gedenkstätten entscheidende Wissensvermittler,
253 denen dafür alle Unterstützung zur Verfügung gestellt werden muss.

- 254 • Wir werden die falsche und überholte Extremismuskonzeption, die auf der
255 Totalitarismustheorie aufbaut, aus den Handlungskatalogen der Behörden
256 streichen und durch zeitgemäße bürger- und menschenrechtsorientierte
257 Konzepte ersetzen.
- 258 • Wir setzen uns dafür ein, dass alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft
259 werden, um gegen extrem rechte, rassistische, antisemitische und
260 diskriminierende Aktivitäten und Äußerungen von Bediensteten im
261 Staatsdienst vorzugehen.
- 262 • Wir wollen die Radikalisierungsprävention im Bereich Islamismus weiter
263 ausbauen, insbesondere durch verstärkte Fortbildungsangebote für Schulen
264 und im Bereich Erwachsenenbildung. Mit intensiveren
265 Deradikalisierungsmaßnahmen für jene, die sich dem auch gewaltorientierten
266 Islamismus zuwenden, einschließlich derer in Haftanstalten, wollen wir
267 versuchen, der mörderischen Ideologie Anhängerinnen und Anhänger zu
268 entziehen. Zudem wollen wir die Sensibilität von Eltern, Angehörigen und
269 dem persönlichen Umfeld dieser Personen stärken, um Gefährdungsanzeichen
270 besser zu erkennen sowie die Kommunikations- und Konfliktfähigkeit zu
271 erhöhen, um frühzeitig Radikalisierungsprozessen entgegenzusteuern.

272 **Ehrenamt und mehr Mitbestimmung als Grundpfeiler für eine lebendige** 273 **Demokratie**

274 Die Demokratie ist umso stärker, je intensiver sie jeden Tag gelebt und erfahren
275 wird. Vor allem die letzten Monate haben erneut gezeigt, dass unsere
276 Gesellschaft ohne Ehrenamt nicht auskommt. Mit einem Thüringer
277 Ehrenamtsfördergesetz werden wir konkrete Unterstützungsinstrumente
278 festschreiben. Darin soll die Etablierung von Ehrenamtsbeauftragten in den
279 Kommunen, die Vereine und Initiativen beim Zugang zu Informationen und
280 Fördermitteln unterstützen, enthalten sein. Ebenso wollen wir eine stärkere
281 Vernetzung von ehrenamtlichen Initiativen, die bessere Vereinbarkeit von Beruf
282 und Ehrenamt sowie die notwendigen Finanzierungsgarantien festschreiben. Wir
283 wollen neue generationen- und geschlechtergerechte Ansätze in der
284 Ehrenamtsarbeit mittels innovativer Methoden unterstützen und die Thüringer
285 Ehrenamtsstiftung weiterentwickeln.

286 Für uns gehört die Berücksichtigung der Grundrechte aller bei Entscheidungen und
287 die ständige Prüfung der getroffenen politischen Entscheidungen zum Wesen der
288 Demokratie. Diejenigen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind,
289 müssen die Möglichkeit haben, sich an den entsprechenden Diskussions- und
290 Entscheidungsprozessen beteiligen zu können und hierüber mitzubestimmen. Die
291 Formen hierfür sind vielfältig. Es geht sowohl um die Ausweitung des Wahlrechts
292 und den Ausbau der direkten Demokratie (Volksbegehren/Bürgerbegehren), als auch

293 um die Entwicklung einer neuen umfassenden Mitwirkungs- und
294 Mitbestimmungskultur.

295 Eine wichtige Antwort auf die Erfahrungen der Corona-Pandemie besteht in der
296 Stärkung benachteiligungs- und barrierefreier Beteiligungs- und
297 Mitbestimmungsmöglichkeiten durch die Anwendung moderner und nutzerfreundlicher
298 elektronischer Formen (E-Democracy). Das betrifft nicht nur die Verwaltungen von
299 Land und Kommunen, sondern auch Schulen, Rundfunkanstalten, Verbraucher- und
300 Nutzerbeiräte bei Unternehmen und Zweckverbänden.

301 **Thüringer Landesverfassung modernisieren**

302 Auch auf Initiative unserer LINKEN- Landtagsfraktion hat der Thüringer Landtag
303 im Laufe der 7. Wahlperiode die Debatte über die Weiterentwicklung der Thüringer
304 Verfassung in Gang gesetzt und mit der Bildung eines Verfassungsausschusses den
305 Diskussionsprozess eröffnet. Mittlerweile liegt ein Arbeitsergebnis vor: Aus den
306 beratenen und angehörten Inhalten haben sich in einem intensiven
307 Diskussionsprozess, zwischen den R2G-Fraktionen und der CDU-Fraktion, folgende
308 Änderungen als mehrheitsfähig herausgestellt:

- 309 • Der Schutz und die Förderung des ehrenamtlichen Engagements als neues
310 Staatsziel.
- 311 • Das Prinzip der Nachhaltigkeit als Grundlage allen staatlichen Handelns,
312 vor allem in seinen ökologischen und sozialen Dimensionen.
- 313 • die weitere Stärkung der Rechte behinderter Menschen, insbesondere in
314 Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und der Schutz gegen
315 Diskriminierung wegen des Alters als ausdrückliches Verbot,
- 316 • die ausdrückliche Verpflichtung des Landes zur Umsetzung der
317 internationalen Menschenrechtsabkommen,
- 318 • Das neue Staatsziel zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in
319 Stadt und Land und die weitere Stärkung der finanziellen Absicherung der
320 Kommunen.
- 321 • die Möglichkeit zur elektronischen Verkündung von Gesetzen und
322 Rechtsverordnungen - als Konsequenz aus den Erfahrungen mit der Corona-
323 Pandemie.

324 Wir werden als Teil des Bündnisses „Mehr Demokratie in Thüringen“ auch weiterhin
325 eng mit dem Landesverband des Vereins „Mehr Demokratie e.V.“ zusammenarbeiten,
326 um Möglichkeiten der Demokratieentwicklung in unserem Land zu diskutieren und
327 parlamentarisch und außerparlamentarisch voranzutreiben. Dazu kann auch die
328 Fortsetzung der parlamentarischen Arbeit des Verfassungsausschusses der 7.
329 Wahlperiode Thema dienen. Die R2G-Fraktionen hatten einen Gesetzentwurf zur
330 Weiterentwicklung der direkten Demokratie und der Senkung des Wahl- und
331 Abstimmungsalters auf 16 Jahre auf Landesebene eingebracht. Darin ist als
332 wichtigster Regelungspunkt neben dem Wahlalter auch die Abschaffung des sog.
333 „Finanztabus“ bei Volksbegehren enthalten, um den Anwendungsbereich des

334 Instruments deutlich zu erweitern.

335 • Zudem wollen wir wie in den Ländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt auch die
336 Thüringer Landesverfassung um eine Antifaschismus- und Antirassismusklausel
337 sowie eine Klausel gegen Antisemitismus ergänzen.

338 • Wir wollen die UN-Kinderrechte in die Thüringer Landesverfassung aufnehmen.

339 • Menschen, die seit mehr als 5 Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Thüringen
340 haben, sollen sich unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit an den
341 Kommunalwahlen beteiligen können.

342 • Wir wollen den Gottesbezug aus der Präambel der Thüringer Landesverfassung
343 streichen. Gleichzeitig betonen wir das Recht auf freie Religionsausübung.

344 Die 8. Wahlperiode wollen wir dazu nutzen, die in der 7. Wahlperiode
345 beschlossenen Verfassungsänderungen praktisch wirksam umzusetzen. Wir möchten in
346 der kommenden Wahlperiode – unter Einbeziehung außerparlamentarischer
347 Akteur*innen und deren Sachverstands - eine Enquetekommission im Landtag
348 einsetzen zu den Themen Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse,
349 Entwicklung ländlich geprägter Regionen, Nachhaltigkeit (vor allem auch in ihren
350 sozialen, ökologischen und kulturellen Gesichtspunkten) und Stärkung der
351 Handlungsfähigkeit der Kommunen (eingeschlossen die finanziellen Aspekte) Sie
352 soll zu diesen Themen konkrete Handlungsvorschläge erarbeiten. Auch ein
353 Thüringer Ehrenamtsfördergesetz - eine langjährige Forderung der LINKEN - soll
354 in Kraft treten. Dem für die Gesellschaft und die Menschen in Thüringen
355 unverzichtbaren und vielfältigen ehrenamtlichen Engagement wird so eine
356 umfassende und verlässliche Unterstützungs- und Finanzierungsbasis gegeben.

357 **Schutz der Verfassung statt Landesamt für Verfassungsschutz**

358 Seit seiner Gründung hat das Landesamt für Verfassungsschutz keinen Nachweis
359 erbracht, dass es als nachrichtendienstliche Behörde ein geeignetes
360 Frühwarnsystem vor Gefahren für Demokratie und eine freie Gesellschaft ist, das
361 zum Schutz demokratischer Rechte beitragen und Gefahren für die Demokratie
362 abwehren kann. Es entzieht sich weitestgehend der parlamentarischen und
363 vollständig der öffentlichen Kontrolle.

364 Das Landesamt für Verfassungsschutz vereint eine Befugnis zum
365 Grundrechtseingriff mit einer nicht hinreichend rechtsstaatlich geregelten
366 Eingriffsvoraussetzung, die der Demokratie schadet. Es richtet sich - teils
367 willkürlich, teils politisch instrumentalisiert - gegen diejenigen, welche es
368 selbst als „verfassungsfeindlich“ einstuft.

369 Auch mit den Erfahrungen aus der Regierungsverantwortung seit 2014 sind wir
370 überzeugt: Eine nachrichtendienstliche Behörde ist kein geeignetes
371 Frühwarnsystem vor Gefahren für Demokratie und freie Gesellschaft und kann nicht
372 zum Schutz demokratischer Rechte beitragen und Gefahren für die Demokratie
373 abwehren. Wir halten die wiederholt behauptete gesellschaftliche und
374 sicherheitspolitische Notwendigkeit eines als Nachrichtendienst organisierten
375 Amtes für Verfassungsschutz für nicht begründet und sind weiterhin der

376 Auffassung: Das Amt für Verfassungsschutz ist abzuschaffen!

377 Mit dem als Konsequenz aus dem ersten NSU-Untersuchungsausschuss eingerichteten
378 Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft verfügen wir in Thüringen über
379 eine Institution, die fundiert zur Förderung der demokratischen Kultur forscht
380 und einen Erkenntnistransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Verwaltung und
381 Zivilgesellschaft organisiert. Wir werden diese Einrichtung weiter stärken und
382 ihre Ergebnisse aus der Forschung und Dokumentation noch besser in die Arbeit
383 der Landesregierung und der Zivilgesellschaft einfließen lassen.

384 **Proaktive Veröffentlichungen, mehr Transparenz und effektiver**

385 **Datenschutz**

386 Transparenz in allen öffentlichen Angelegenheiten und politische Teilhabe
387 stärken die Demokratie, weil die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungen
388 öffentlicher Stellen nachvollziehen und sie so besser kontrollieren können.
389 Privater Datenschutz ist hingegen in Zeiten zunehmender Kameraüberwachung,
390 Spähsoftware, digitaler Klassenzimmer, Gesundheits-Apps, sozialer Netzwerke und
391 Clouds unerlässlich. Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen einerseits eine Kultur
392 der Offenheit und Partizipation fördern, andererseits Bürgerinnen und Bürger in
393 die Lage versetzen, selbst über ihre Daten zu entscheiden. Wir sagen: „Private
394 Daten schützen, öffentliche Daten nützen“.

395 Die Corona-Krise hat gezeigt: wenn politische Entscheidungen nicht nachvollzogen
396 werden können und der Staat private Daten nicht ausschließlich für die Zwecke
397 nutzen will, für die sie erhoben wurden, dann geht das Vertrauen nicht nur in
398 behördliches Handeln, sondern generell in die Demokratie verloren.

399 Wir wollen den unter Rot-Rot-Grün eingeschlagenen Weg für Datensicherheit und
400 staatliche Transparenz fortsetzen.

401 Künftig sollen Kommunen und Verwaltungen angehalten werden, zu erfassen, wie
402 viele Anfragen nach Informationsfreiheits- bzw. Transparenzgesetz ihnen zugingen
403 und warum diese abgelehnt wurden. Das kommende Thüringer Transparenzregister
404 wollen wir mit Leben füllen, Verwaltung und Kommunen wollen wir im Umgang damit
405 weiterbilden.

- 406 • Wir wollen polizeiliche Datenbanken und die darin enthaltenen
407 personengebundenen Hinweise auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen.
- 408 • Wir wollen die Abfrage über bei Thüringer Behörden gespeicherte Daten für
409 die Bürgerinnen und Bürger erleichtern und unter auskunft.thueringen.de ein
410 Abfrageportal errichten, mit dem zum Beispiel bei Polizei,
411 Verfassungsschutz und anderen Behörden gespeicherte Informationen von
412 Betroffenen abgefragt werden können.
- 413 • Wir wollen erreichen, dass künftig noch mehr Kommunen bzw. Kreise auf ihren
414 Internetseiten über angemeldete Versammlungen informieren. Wir wollen dazu
415 eine verpflichtende Regelung prüfen.
- 416 • Wir wollen die Videoüberwachung öffentlicher Plätze zurückbauen und

417 zunächst überwachungsfreie Zonen im öffentlichen Raum schaffen. Mit einem
418 Pilotprojekt in einer Thüringer Stadt wollen wir in öffentlichen
419 Verkehrsmitteln sichtbare Bereiche ausweisen, die nicht von
420 Kameraüberwachung erfasst sind, so dass Bürgerinnen und Bürger
421 selbstbestimmt entscheiden können, ob sie sich der Überwachung aussetzen.
422 Parallel dazu wollen wir die Auswirkungen von Kameraüberwachung auf das
423 Sicherheitsgefühl und die reale Sicherheit wissenschaftlich untersuchen
424 lassen.

- 425 • Wir wollen die Themen Datenschutz und Informationsfreiheit noch stärker als
426 bisher in den Lehrplänen der Thüringer Schulen verankern.
- 427 • Wir lehnen Vorratsdatenspeicherung, staatliche Gesichtserkennung,
428 Staatstrojaner und Online-Durchsuchungen ab und wollen die
429 Benachrichtigungspraxis für Betroffene polizeilicher Maßnahmen insbesondere
430 bei Telekommunikationsüberwachung verbessern. Nach dem Berliner Vorbild
431 soll ein SMS-Informationsmodul zur Benachrichtigung von Betroffenen von
432 Funkzellenabfragen realisiert werden.
- 433 • Mit einer Werbe- und Aufklärungskampagne wollen wir die Menschen in
434 Thüringen zur Nutzung von digitaler verschlüsselter Kommunikation befähigen
435 und motivieren.

436 **Selbstverwaltete und leistungsfähige Kommunen als Fundament unserer** 437 **Demokratie**

438 Das Fundament unserer Demokratie wird umso sicherer, je leistungsfähiger die
439 selbstverwalteten Kommunen in Thüringen im Alltag der Menschen agieren und ihren
440 gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen gerecht werden können.
441 Tatsächliche kommunale Selbstverwaltung findet dort statt, wo die Einwohnerinnen
442 und Einwohner über ihre eigenen Angelegenheiten mitreden und mitbestimmen
443 können. Deshalb setzen wir, DIE LINKE. Thüringen, auf umfassende Demokratie,
444 Transparenz und Öffentlichkeit nach dem Prinzip der gläsernen Rathäuser und
445 Landratsämter. Hierfür hat Rot-Rot-Grün einen Gesetzentwurf zur Änderung der
446 Thüringer Kommunalordnung vorgelegt, der die Erweiterung der Informations- und
447 Beteiligungsmöglichkeiten der Einwohnerinnen und Einwohner, die Stärkung der
448 Stadt- und Gemeinderäte und Kreistage, ihrer Fraktionen und der einzelnen
449 Gemeinderats- und Kreistagsmitglieder vorsieht.

- 450 • Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir neue Beteiligungsmodelle entwickeln
451 und die Kommunen gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern zu
452 „Beteiligungskommunen“ weiterentwickeln. Die umfassende und möglichst
453 frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planungsvorhaben und
454 Großprojekten muss wirksam ausgebaut werden.
- 455 • Auf Landesebene wollen wir die konsultativen bzw. informellen Angebote der
456 Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern stärken und in einer
457 Beteiligungsplattform bündeln.
- 458 • Die sogenannten „Scheinkandidaturen“ von Amtsträgerinnen und -trägern bei

- 459 Kommunalwahlen wollen wir abschaffen. Zudem sollen auch Menschen ein
460 kommunales Wahlrecht erhalten, wenn sie keine Staatsbürgerschaft eines EU-
461 Mitgliedsstaates haben.
- 462 • Die Veröffentlichung der Wohnanschrift von Kommunalwahlkandidatinnen und -
463 kandidaten als Teilnahmevoraussetzung wollen wir abschaffen.
- 464 Die selbstverwalteten Kommunen müssen die Hauptträger der Kultur- und
465 Bildungseinrichtungen, der für die Allgemeinheit erforderlichen
466 Dienstleistungen, der Gas-, Wasser- und Energieversorgung, der Müllabfuhr und
467 Abwasserbeseitigung sein. Die Corona-Krise hat die Notwendigkeit unterstrichen,
468 dass unser Gesundheitswesen in öffentliche Hand gehört. Kliniken und
469 Krankenhäuser gehören deshalb in kommunale Hand. Die entscheidende Voraussetzung
470 hierfür sind handlungsfähige Kommunen.
- 471 • Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen deshalb die Stellung der Kommunen stärken
472 und ihnen ein höheres Gewicht im föderalen Staatsaufbau zukommen lassen.
473 Dazu gehört eine dritte föderale Kammer neben Bundestag und Bundesrat, in
474 der die Kommunen ihre Interessen auf Bundesebene eigenständig vertreten
475 können.
 - 476 • Wir fordern, die Gesamtsteuereinnahmen der Kommunen insgesamt zu erhöhen
477 und streben eine neue Berechnung der Gewerbesteuer an. Das bisherige
478 Prinzip, dass in den ostdeutschen Ländern viele Steuern für die
479 westdeutschen Bundesländer erarbeitet werden, lehnen wir ab. Dort, wo die
480 Wertschöpfung stattfindet, sollen auch die entsprechenden Steuern gezahlt
481 werden.
 - 482 • Wir werden den Kommunalen Finanzausgleich neu ausrichten und dabei die
483 Vorgaben des Landesverfassungsgerichtes beachten. Die Finanzausweisungen des
484 Landes an die Kommunen sind von jeglichen politischen Willkürentscheidungen
485 frei zu halten. Wir werden das System des kommunalen Finanzausgleiches von
486 wesensfremden Nebenfinanzierungen befreien und somit für mehr Transparenz
487 sorgen. Für jede und jeden vor Ort soll aus dem Gesetz ersichtlich werden,
488 mit welchen Mitteln die eigene Kommune rechnen kann.
 - 489 • Wir werden eine kommunale Förderfibbel erstellen und kontinuierlich
490 fortschreiben, in der alle kommunalrelevanten Förderprogramme des Landes,
491 des Bundes und der EU zusammengefasst sind, um Transparenz im bestehenden
492 Förderdschungel herzustellen. Damit wollen wir verhindern, dass
493 Fördergelder verfallen und angebotene Hilfestellungen vor Ort ungenutzt
494 verhallen, weil sie aus Unkenntnis nicht abgerufen werden oder die
495 Antragstellung zu kompliziert ist. Durch ein spezielles Programm werden wir
496 sicherstellen, dass auch finanzschwache Kommunen in die Lage versetzt
497 werden, Förderprogramme in Anspruch zu nehmen. So können tatsächlich
498 gleichwertige Lebensverhältnisse in den Kommunen erreicht werden.
 - 499 • Wir werden einen zentralen Fördermittel-Lotsen als kommunale Service-Stelle
500 auf Landesebene etablieren, um zu vermeiden, dass Fördermittel ungenutzt
501 bleiben. Damit wollen wir die Kommunen bei der Auswahl der Förderprogramme

- 502 beraten und bei der Antragstellung unterstützen. Unser Ziel ist es,
503 zukünftig jeden von der EU, dem Bund und dem Land Thüringen
504 bereitgestellten Euro auch tatsächlich vor Ort auszugeben. Das
505 Landesverwaltungsamt in Weimar werden wir deshalb zu einer zentralen
506 kommunalen Service-Einrichtung weiterentwickeln.
- 507 • Zwei Drittel der öffentlichen Aufträge werden durch die Kommunen vergeben.
508 Wir werden deshalb durch Beratung und Qualifizierung die Kommunen in die
509 Lage versetzen, von den sozial-ökologischen Vergabekriterien Gebrauch zu
510 machen und die Einhaltung der Vergabekriterien auch zu kontrollieren.
 - 511 • Wir werden die in den letzten Jahren durchgeführten kommunalen
512 Reformprozesse für mehr Effizienz im Verwaltungshandeln weiterhin
513 unterstützen. Den durch die rot-rot-grüne Koalition eingeschlagenen Weg der
514 gemeindlichen Gebietsreform auf freiwilliger Basis werden wir weitergehen
515 und wollen ihn durch entsprechende Anreizsysteme weiter verstärken. Dabei
516 wollen wir auch die Stadt-Umland-Beziehungen in den Blick nehmen und bei
517 Bedarf neu ausrichten. Wir wissen, dass die Städte das Umland brauchen,
518 aber das Umland braucht auch die Städte. Deshalb setzen wir auch auf mehr
519 kommunale Kooperation und Zusammenarbeit. Die Erfahrungen aus den
520 gescheiterten Förderinstrumenten der kommunalen Gemeinschaftsarbeit werden
521 wir auswerten und zielgerichtete, wirksame Instrumente neu entwickeln.
522 Damit stärken wir die Regionen in den einzelnen Landesteilen Thüringens.
 - 523 • Wir werden uns zur besseren Verknüpfung der Landesebene mit den Kommunen
524 dafür einsetzen, die in einzelnen Städten bereits gut funktionierenden
525 Bürger-Service-Büros flächendeckend einzurichten. Sie sollen künftig sowohl
526 die Angelegenheiten der Gemeinden und Städte als auch die der Landkreise
527 und des Landes abbilden. In den kreisfreien Städten schließen wir gemeinsam
528 betriebene Einrichtungen mit den angrenzenden Landkreisen nicht aus.

529 **Feuerwehren in Thüringen: Leistungsstark und zukunftsfest machen**

- 530 Freiwillige Feuerwehren und Berufsfeuerwehren sind wesentlicher Teil der
531 öffentlichen Grundversorgung. Verlässliche Feuerwehrstrukturen, eine personell
532 abgesicherte und hochwertige Ausbildung auf dem aktuellsten Stand und eine
533 ständige Nachwuchsgewinnung geben der Bevölkerung die Gewissheit, dass sie in
534 Gefahrensituationen professionelle Hilfe erwarten kann.
- 535 • Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen die Feuerwehren auch in den kommenden
536 Jahren weiterentwickeln, um ein hohes Sicherheitsniveau in Thüringen zu
537 gewährleisten. Hierzu werden wir die Landesfeuerwehr- und
538 Katastrophenschutzschule in Bad Köstritz vollständig modernisieren und die
539 Tunnelübungsanlage in Crossen ausbauen. Mit e-Learning wollen wir ein
540 verbessertes ortsunabhängiges Aus- und Fortbildungsangebot schaffen. Die
541 Ausbildung der Einsatzkräfte der Thüringer Feuerwehren werden wir
542 kontinuierlich sicherstellen und eine zeitgemäße sowie sozial verträgliche
543 Unterbringung während der Ausbildung gewährleisten.

- 544 • Wir werden umfangreiche Investitionen in Fahrzeuge, Gerätehäuser, Technik
545 und Ausrüstung für den Brand- und Katastrophenschutz vornehmen und dabei
546 auch neue Entwicklungen wie Klimawandel, Waldbrände und Elektromobilität
547 berücksichtigen. Eine zentrale Beschaffung soll es den Feuerwehren
548 insbesondere der kleineren Orte ermöglichen, auch weiterhin ggf. in
549 Brandschutzverbänden Gefahren abzuwehren. Wir wollen Kooperationsmodelle
550 prüfen, um Synergieeffekte zu schaffen.
- 551 • Wir werden die bisher komplizierte und nicht kostendeckende Kalkulation für
552 Gemeinden zur Abrechnung von Feuerwehrkosten beenden und durch ein
553 vereinfachtes rechtssicheres Kostenerstattungssystem ersetzen. Ebenso
554 werden wir den Landesfeuerwehrverband fördern. Wir werden Gelder für die
555 Durchführung wichtiger Kampagnen (Respektkampagne für Einsatzkräfte,
556 Mitgliederkampagne) bereitstellen und eine zweite Jugendbildungs-
557 referentenstelle schaffen.
- 558 • Wir wollen eine zukunftsfähige Leitstellenstruktur mit moderner Technik und
559 professionellem Einsatzleitsystem sowie ein tragfähiges, einheitliches
560 digitales Alarmierungssystem sicherstellen.

561 **Justiz: Gerechtigkeit, Rechtssicherheit und soziale Verantwortung**

562 Thüringen ist als Bundesland Teil eines demokratischen und sozialen
563 Rechtsstaates. Dementsprechend steht es in der Mitverantwortung für die
564 Bewahrung der Demokratie und die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit. Das
565 erfordert, insbesondere sozial benachteiligte Menschen und gesellschaftliche
566 Minderheiten zu schützen. Wir, DIE LINKE. Thüringen, werden deshalb unter
567 Berücksichtigung der Handlungsempfehlungen der „Enquetekommission Rassismus“ des
568 Thüringer Landtags eine Bestandsaufnahme zu diskriminierenden Regelungen
569 erstellen und diese beseitigen. Die Gesetzesfolgenabschätzungen wollen wir durch
570 eine diskriminierungskritische Rechtsfolgenprüfung ergänzen. Darüber hinaus
571 setzen wir uns, entsprechend den Empfehlungen der Enquetekommission "Rassismus-
572 Problematiken und der Umgang damit", für die Einführung einer
573 Justizverlaufsstatistik ein, mit der etwa erfasst werden kann, ob in
574 Ermittlungen anfänglich festgestellte Tatmotive bei der Strafzumessung
575 berücksichtigt wurden. Aus- und Weiterbildung im Bereich der Justiz sollen
576 verstärkt um rassismus- und diskriminierungskritische Inhalte ergänzt werden.

577 Wir setzen uns für eine Justiz ein, die Rechtsstaatlichkeit garantiert und
578 gerechte Lösungen für Betroffene mit sozialer Verantwortung gegenüber der/dem
579 Einzelnen und der Gesellschaft verbindet. Wer Hilfe bei der Durchsetzung von
580 Rechtsansprüchen braucht, muss in der Justiz eine bürgernahe, faire und fachlich
581 kompetente Unterstützung finden. Ein funktionierender demokratischer und
582 sozialer Rechtsstaat ist das notwendige Gegenmodell zum Prinzip des »Rechts des
583 Stärkeren«, das in der heutigen Konkurrenzgesellschaft weit verbreitet ist. Je
584 besser außergerichtliche Mechanismen zur Konfliktlösung zum Tragen kommen und je
585 wirkungsvoller der Sozialstaat seine Ausgleichs- und Auffangfunktion wahrnimmt,
586 desto weniger muss die Justiz als »letztes Mittel« der Konfliktlösung

587 eingreifen.

588 Justiz und Gerichte müssen für alle gleichermaßen zugänglich und nutzbar sein.

589 In vielen Fällen des Alltags brauchen die Betroffenen möglichst schnell

590 Unterstützung, um ihre Rechte durchzusetzen. Die Justiz muss dafür personell und

591 technisch entsprechend ausgestattet sein. Wir werden deshalb für eine

592 leistungsstarke unabhängige Thüringer Justiz und einen dementsprechenden

593 Justizvollzug sorgen.

594 • Wir werden den Generationswechsel in der Thüringer Justiz mit der
595 stufenweisen Neueinstellung junger Richterinnen und Richter,
596 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie die Ausbildung von
597 Referendarinnen und Referendaren befördern. Wir werden die Berufs- und
598 Arbeitssituation der Rechtspflegerinnen und -pfleger stärken und uns für
599 die Aufwertung ihrer Tätigkeit und die Umgestaltung ihrer Ausbildung
600 einsetzen. Mit der weiteren Einstellung von Personal an den Gerichten
601 wollen wir den immensen Arbeitsanfall bewältigen, der angesichts der
602 deutlich zunehmenden Zahl an betreuungsbedürftigen Menschen weiter steigen
603 wird. Mit Blick auf die anstehende „Pensionierungswelle“ in der Thüringer
604 Justiz sehen wir die Notwendigkeit, die Personalgewinnung und die
605 Personalentwicklung im Justizbereich mit einem Personalentwicklungskonzept
606 gezielt zu fördern.

607 • Wir wollen mit entsprechenden Weiterbildungen Richterinnen und Richter,
608 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Justizbedienstete motivieren,
609 alle Möglichkeiten des Täter-Opfer-Ausgleichs in Thüringen in vollem Umfang
610 zu nutzen. Er ist ein wichtiger Baustein bei der Bewältigung der
611 Auswirkungen von Straftaten und für eine langfristig wirksame
612 Resozialisierung. Wir werden für den Täter-Opfer-Ausgleich ein wirksames
613 und flächendeckendes Angebot entwickeln.

614 • Wir wollen, dass die Thüringer Strafverfolgungsbehörden für digitale
615 Angriffe auf Bürgerinnen und Bürger umfassend sensibilisiert und für eine
616 effektive Verfolgung solcher Attacken entsprechend geschult und ausgerüstet
617 sind. Dazu gehört, dass sie die Folgen des Ausspähens und unberechtigten
618 Veröffentlichens auch von privaten Daten als ernstes Problem wahrnehmen und
619 konsequent verfolgen, Betroffene schnell und umfassend informieren und zu
620 geeigneten Gegenmaßnahmen beraten können.

621 • Wir wollen die Unabhängigkeit der Justiz weiter vorantreiben und uns für
622 weitergehende Reformen zur Stärkung des Richterwahlausschusses einsetzen.
623 Ebenso werden wir die ehrenamtlichen Schiedspersonen in den Thüringer
624 Gemeinden stärken und ihre Zuständigkeiten erweitern.

625 • Wir werden die Digitalisierung der Arbeitsabläufe in der Justiz
626 voranbringen. Bei der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der
627 elektronischen Akte wollen wir die Vernetzung mit den Justizbehörden in
628 anderen Bundesländern sicherstellen.

629 • Wir wollen, dass für haupt- und ehrenamtliche Richterinnen und Richter

630 regelmäßige Weiterbildungen, insbesondere in den Bereichen Familien- und
631 Betreuungsrecht, Sozialrecht, zum Themenkreis häusliche Gewalt und
632 Kinderschutz sowie zu medizinischen und psychologischen Fachkenntnissen
633 verpflichtend werden. Im Bereich der Jugendgerichtshilfe muss das
634 Zusammenwirken mit anderen Akteurinnen und Akteuren aus dem sozialen
635 Bereich, vor allem mit den Jugendämtern, verbessert werden. Wir wollen
636 damit sicherstellen, dass bedürftige Jugendliche bei der Maßnahmengewährung
637 künftig nicht leer ausgehen.

638 • Wir setzen uns für eine ressortübergreifende Weiterentwicklung der
639 Resozialisierung und Wiedereingliederung von Straffälligen sowie für die
640 Verhinderung weiterer Straftaten ein. Mit einer umfassenden Evaluierung des
641 Thüringer Justizvollzugsgesetzbuchs wollen wir den Behandlungs- und
642 Resozialisierungsvollzug durch eine deutliche personelle Stärkung des
643 Justizvollzugs und der sozialen, psychologischen und medizinischen
644 Fachdienste und durch den weiteren Ausbau der maßnahmen- und
645 projektbezogenen Resozialisierungsangebote weiter verbessern.

646 • Wir werden das „Professionelle Übergangsmanagement für Inhaftierte und
647 Haftentlassene“ (PÜMAS) mit seinen passgenauen und individuell
648 ausgerichteten Versorgungsleistungen für Gefangene und Haftentlassene und
649 die Berücksichtigung ihres individuellen Hilfebedarfs nach der Entlassung
650 weiter ausbauen. Dies betrifft ebenso die Kooperationsvereinbarung zwischen
651 der Landesregierung und der Bundesagentur für Arbeit bei der beruflichen
652 und sozialen Eingliederung von Strafgefangenen und Haftentlassenen. Wir
653 wollen uns dafür einsetzen, dass die psychologischen Fachkräfte stärker
654 koordiniert und ihre Arbeitsbedingungen weiter verbessert werden. Sie
655 sollen in enger Abstimmung mit den Stellen der Bewährungshilfe, der
656 Führungsaufsicht und Trägern von Resozialisierungsangeboten kooperieren.
657 Das Angebot an Haftvermeidungs-Maßnahmen in Thüringen muss, auch als Ersatz
658 für die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen, weiter ausgebaut werden.

659 • Wir streben in Übereinstimmung mit internationalen Vorgaben an, sämtliche
660 Schusswaffen im Thüringer Strafvollzug in Abstimmung mit den
661 Personalvertretungen abzuschaffen. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass –
662 wie im Justizvollzugsgesetzbuch vorgesehen – ab 2025 eine
663 Einzelunterbringung von Gefangenen flächendeckend sichergestellt ist. Wir
664 werden uns dafür stark machen, Alternativen für Standorte in Thüringen zu
665 prüfen, da sich der Bau der gemeinsamen Justizvollzugsanstalt von Thüringen
666 und Sachsen als länderübergreifendes Pilotprojekt in Zwickau-Marienthal
667 weiter verzögert.

668 • Wir werden uns auf Bundesebene für die Abschaffung von Gerichtskosten und
669 sozial verträgliche Rechtsanwaltsgebühren, eine finanzielle Unterstützung
670 für Mediationen als außergerichtliche Konfliktlösungsverfahren zur
671 Entlastung der Gerichte (»Mediationskostenhilfe«) und die Abschaffung der
672 Ersatzfreiheitsstrafen einsetzen.

673 **Thüringer Polizei: bürgernah und bürgerrechtsorientiert**

674 In Thüringen können die Menschen sicher leben. Das belegen die im bundesweiten
675 Vergleich geringen Häufigkeitszahlen der Straftaten je Einwohnerinnen und
676 Einwohner und die hohe Aufklärungsquote der Thüringer Polizei. Wir LINKE wollen,
677 dass Thüringen auch in Zukunft zu einem der sichersten Bundesländer gehört. Eine
678 Voraussetzung hierfür sind gut ausgestattete und ausgebildete, effizient
679 arbeitende und deshalb motivierte Polizistinnen und Polizisten mit guten
680 Arbeitsbedingungen.

681 Bürgernahe Polizei heißt: flächendeckend präsent und einsatzbereit zu sein und
682 eng mit den Einwohnerinnen und Einwohnern zu kommunizieren. Hierzu bedarf es
683 mehr und besser ausgestatteter Kontaktbereichsbeamten und -beamtinnen. Vor allem
684 im ländlichen Raum sind sie erste polizeiliche Anlaufstelle für Einwohnerinnen
685 und Einwohner. Ebenso braucht es eine ständige Aufgabenkritik und
686 Weiterentwicklung der Thüringer Polizeistrukturen, damit die Menschen weiterhin
687 von einem hohen Sicherheitsniveau profitieren können. Wir werden deshalb
688 gemeinsam mit den Polizeibeamtinnen und -beamten, den Polizeigewerkschaften,
689 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Polizeibildungseinrichtung und
690 Fachleuten einer bürgernahen und bürgerrechtsorientierten Sicherheitspolitik ein
691 „Leitbild Polizei Thüringen“ erarbeiten. Auf dessen Grundlage soll die weitere
692 kontinuierliche Entwicklung der Thüringer Polizei in den nächsten Jahren
693 erfolgen. Wir werden eine Personalentwicklungskonzeption „Thüringer Polizei
694 2030“ für die nächsten zehn Jahre auf den Weg bringen, die die Basis für eine
695 aufbauende und vorausschauende Personalplanung sowie für Einstellungsverfahren
696 sein wird.

697 Bürgernahe Polizei heißt zugleich, dass die Menschen in Thüringen Vertrauen in
698 die demokratische Verlässlichkeit der Polizistinnen und Polizisten haben müssen.
699 Rassismus und menschenfeindliche Einstellungen sind ein gesamtgesellschaftliches
700 Problem und machen um die Polizei keinen Bogen. Als maßgebender Träger des
701 staatlichen Gewaltmonopols und entsprechend ihres Dienstes tragen
702 Polizistinnen und Polizisten jedoch eine besondere Verantwortung für das
703 Grundgesetz und die Thüringer Landesverfassung. Den jüngsten rechtsextremen
704 Vorfällen bei der Polizei auch in Thüringen werden nach unserer Auffassung weder
705 die bisherige Abwehrhaltung über vermeintliche Einzelfälle noch Pauschalurteile
706 gerecht. Deshalb setzen wir uns verstärkt für eine wissenschaftliche und
707 unabhängige Studie ein, die diskriminierendes bzw. einstellungsmotiviertes
708 Fehlverhalten im Rahmen von Polizeieinsätzen untersucht und dabei die
709 Erfahrungen von Betroffenen sowie von Polizeibediensteten im Rahmen von
710 polizeilichen Maßnahmen einbezieht. Gleichzeitig sollen gegebenenfalls
711 Diskriminierung befördernde Strukturen und gesetzliche Vorschriften abgeschafft
712 werden.

- 713 • Wir wollen das Thüringer Polizeirecht bürgerrechtsfreundlich
714 weiterentwickeln und lehnen Verschärfungen ab. Befugnisse zur
715 Gefahrenabwehr werden wir dann stärken, wenn sie erforderlich und
716 verhältnismäßig sind. Die durch Gerichte für rechtswidrig erklärte Praxis

- 717 des Racial Profiling wollen wir beenden. Hierfür werden wir die Aus- und
718 Fortbildung der Thüringer Polizei um rassismus- und
719 diskriminierungskritische und menschenrechtsbildende Inhalte ergänzen.
720 Eingriffsbefugnisse im Polizeiaufgabengesetz, die letztendlich Racial
721 Profiling befördern, wollen wir dahingehend verändern, dass Menschen
722 während polizeilichen Handelns nicht auf Grund der ethnischen Herkunft oder
723 einer rassistischen Zuschreibung diskriminiert werden. Zudem setzen wir uns
724 für eine stetige Einsatzaufarbeitung und gezieltes Training der
725 Polizistinnen und Polizisten mit dem Ziel diskriminierungsfreier
726 Einsatzbewältigung ein.
- 727 • Die auf unsere Anregung hin eingeführte numerische Kennzeichnung
728 geschlossener Einheiten stärkt die Transparenz polizeilichen Handelns. Wir
729 wollen für eine bessere Sichtbarkeit der Kennzeichnung sorgen und diese für
730 erhöhte Rechtssicherheit bei Polizei und Bevölkerung auf eine gesetzliche
731 Grundlage stellen, sowie absichtliche Verstöße sanktionieren.
 - 732 • Wir werden uns weiter und verstärkt dafür einsetzen, die polizeiliche
733 Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung in Thüringen durch einen
734 stärkeren Fokus auf Prävention und Frühintervention im außerpolizeilichen
735 sozialen Bereich zu stärken, um somit dem repressiven Ansatz immer neuer
736 Rechtsverschärfungen in Deutschland ein bürgerfreundliches wirkungsvolles
737 Thüringer Sicherheitskonzept entgegenzusetzen.
 - 738 • Mit einem Polizeiausschuss im Thüringer Landtag wollen wir die bestehende
739 Lücke der parlamentarischen Kontrolle der nachrichtendienstlichen
740 Befugnisse bei der Polizei insbesondere für den Bereich der V-Personen und
741 der verdeckten Ermittlerinnen und Ermittler schließen und die Befugnisse
742 der Polizei auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit prüfen. Pfefferspray
743 darf wegen seiner erheblich gesundheitsgefährdenden Wirkung künftig nur
744 noch zur unmittelbaren Abwehr von Gefahr für Leib, Leben und Gesundheit
745 sowie erhebliche Sachwerte eingesetzt werden.
 - 746 • Wir wollen die Polizeivertrauensstelle zu einer unabhängigen
747 Polizeiermittlungsbehörde mit vollständigen Ermittlungskompetenzen
748 weiterentwickeln. Sie soll sowohl Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern
749 aufnehmen und bearbeiten als auch Ermittlungen gegen Polizeibedienstete
750 führen. Polizistinnen und Polizisten sollen sich unabhängig vom Dienstweg
751 und unter Wahrung der Vertraulichkeit mit ihren Anliegen an die
752 Polizeivertrauensstelle ebenso wenden können. Wir wollen ein
753 Quittungssystem für polizeiliche Maßnahmen einführen, um die
754 Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit für Betroffene zu erhöhen.
755 Betroffene von polizeilichen Maßnahmen sollen eine elektronische oder
756 gedruckte Quittung erhalten, mit der die Maßnahme, Zeitpunkt, Anlass sowie
757 Rechtsgrundlage dokumentiert wird.
 - 758 • Wir werden die Digitalisierung der Polizeidienststellen erhöhen, um
759 polizeiliche Verwaltungsarbeit zu erleichtern. Ebenso werden mobile

- 760 Endgeräte zur digitalen Zeugnenaufnahme und Diensthandys mit
761 verschlüsselten Messenger-Systemen für die Polizei zur Verfügung gestellt.
762 Besondere Aufgaben wie die Entwicklung polizeilicher IT-
763 Sicherheitsarchitekturen wollen wir durch externe Spezialisten
764 unterstützen. Die polizeilichen Datenverarbeitungs- und Verbundverfahren
765 werden wir unter dem Aspekt des Datenschutzes kritisch begleiten. Wir
766 wollen die Errichtung eines Landesbetriebs zur Planung, Gestaltung,
767 Entwicklung und Beschaffung polizeilicher IT-Verfahren und
768 Informationsarchitektur prüfen. Wir werden die Rolle des Landeskriminalamts
769 als Dienstleister bei der Unterstützung zur Bekämpfung von Delikten im
770 Bereich der Computerkriminalität stärken.
- 771 • Wir werden Ausbildung und Studium der Polizeibediensteten auf
772 wissenschaftlicher Grundlage ebenso modernisieren wie ihre Fortbildung,
773 damit sie den gestiegenen Herausforderungen des Polizeidienstes jederzeit
774 gerecht werden können. Dafür werden wir den Anteil von Lehrkräften mit
775 wissenschaftlichem Hintergrund und Promotionen erhöhen und
776 Entwicklungsmöglichkeiten und Professorenstellen einrichten. Zudem wollen
777 wir die getrennt laufende Ausbildung für Schutzpolizistinnen und -
778 polizisten und Kriminalistinnen und Kriminalisten einführen. Wir wollen
779 weitere Wege der Spezialisierung beschreiten, um sowohl IT- und
780 Hasskriminalität als auch organisierter Kriminalität noch professioneller
781 als bisher zu begegnen. Die Einführung einer Sonderlaufbahn
782 Cyberkriminalistinnen und -kriminalisten werden wir prüfen. Die
783 Bildungseinrichtungen der Polizei wollen wir zu einem modernen Campus der
784 Thüringer Polizei aufwerten und die polizeiliche E-Learning-Plattform
785 weiterentwickeln. Allen Anwärterinnen und Anwärtern der Polizeiausbildung
786 wird bei entsprechendem Abschluss die Übernahme in den Thüringer
787 Polizeidienst garantiert.
 - 788 • Wir, DIE LINKE. Thüringen, bekennen uns zu dem von uns im Thüringer Landtag
789 durchgesetzten Ausbildungskorridor von jährlich 300 Polizeianwärter*innen,
790 welcher der Thüringer Polizei Planungssicherheit bis 2028 verschafft. Wir
791 setzen uns dabei für optimale Rahmenbedingungen, insbesondere hinsichtlich
792 der Unterrichts- und Unterbringungssituation ein.
 - 793 • Wir werden eine aus Vertreterinnen und Vertretern des Innen- und des
794 Finanzministeriums, der Polizeigewerkschaften und der Personalräte der
795 Polizei bestehende Arbeitsgruppe einsetzen, um das bisherige Beurteilungs-
796 und Beförderungssystem im Sinne der Bediensteten weiter zu verbessern und
797 ein dauerhaft tragfähiges und rechtssicheres Thüringer Beurteilungs- und
798 Beförderungssystem entwickeln. Wir wollen die Aufstiegsmöglichkeiten
799 verbessern und so gestalten, dass tatsächliche Chancengleichheit herrscht.
800 Hierzu sollen die einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Erlasse etc.
801 überprüft und novelliert werden. Wir werden das Zulagensystem weiter an die
802 unterschiedlichen Belastungen der Polizei anpassen und gerechter gestalten.
 - 803 • Für alle im Vollzug tätigen Beamtinnen und Beamten wollen wir die in

804 unterschiedlicher Höhe gezahlten Vollzugszulagen harmonisieren und zum
805 Beispiel die Höhe der Nachtschichtzulagen im Sinne der Rechtsprechung des
806 Bundesarbeitsgerichtes neu festsetzen. Wir werden die Gesundheitsförderung
807 durch bessere Sportmöglichkeiten und Angebote zur Regeneration und Erholung
808 für Thüringer Polizeibedienstete jeden Alters verbessern.

809 • Wir wollen die Polizei für Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger weiter
810 öffnen und hierzu die erforderlichen Änderungen tarif- und
811 beamtenrechtlicher Vorschriften auch in Hinsicht auf Laufbahnwechsel
812 prüfen. Wir werben für mehr Frauen, Queere und Menschen mit
813 Migrationshintergrund im Polizeidienst, um so die interkulturellen
814 Kompetenzen und bilinguale Kommunikationsfähigkeit der Thüringer Polizei zu
815 erhöhen.

816 **Für ein weltoffenes Thüringen**

817 Zur progressiven Tradition Thüringens gehört Weltoffenheit. Viele zugewanderte
818 Menschen konnten in unserer Region auch deshalb große Leistungen in den
819 Bereichen Kultur und Soziales, in Wissenschaft und Wirtschaft vollbringen, weil
820 sie willkommen waren. Einwanderung prägte unseren Freistaat in der Vergangenheit
821 und spielt auch für die Gegenwart und Zukunft eine große Rolle.

822 Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen unser Land als Willkommensland gestalten.
823 Dabei orientieren wir uns am Leitbild einer demokratischen und sozialen
824 Einwanderungsgesellschaft. Wir setzen auf ein inklusives Thüringen, für all
825 diejenigen, die hier leben möchten. Unser Anspruch ist die Wiederherstellung
826 menschenrechtlicher Mindeststandards bei der Einwanderung sowie die
827 Erleichterung des Zugangs zu sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher
828 Teilhabe. Die Prämissen unserer Einwanderungspolitik sind Legalisierung und
829 Inklusion und nicht Abschottung und Begrenzung.

830 In diesem Sinne setzen wir uns bundespolitisch auch weiterhin für eine legale
831 Einwanderung ein, die Menschen nicht nach Nützlichkeit sortiert. Für bereits
832 hier lebende Menschen wollen wir die Möglichkeit eines Spurwechsels. Menschen,
833 die seit 3 Jahren hier als gestattete Asylsuchende oder mit einem ungewissen
834 Duldungsstatus leben, sollen einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten.

835 Wir werden uns auf Bundesebene für die Aufhebung des eingeschränkten
836 Familiennachzuges und für den Elternnachzug zu mittlerweile volljährig
837 gewordenen Kindern einsetzen. Zur Übernahme der finanziellen Belastung bei
838 Verpflichtungserklärungen wollen wir einen Landesfonds einrichten. Kommunen, die
839 als sogenannte „Solidarity Citys“ bereit sind, aus Seenot gerettete
840 Schutzsuchende aufzunehmen, werden wir unterstützen.

841 Dort, wo Menschen leben, arbeiten, ihre sozialen Bezüge aufbauen und zum
842 gesellschaftlichen Leben beitragen, sollen sie die Möglichkeit erhalten, am
843 gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und einen abgesicherten und dauerhaften
844 Rechtsstatus als Einwanderinnen und Einwanderer zu besitzen.

845 **Den humanitären Ansatz in der Flüchtlingspolitik fortsetzen**

846 Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen dafür, dass Menschen, die vor Krieg,
847 Verfolgung, Ausgrenzung, Hunger und Not oder politischer, rassistischer und
848 sexueller Verfolgung flüchten mussten, humanitäre Aufnahme und Möglichkeiten der
849 Integration in unserem Land finden. Deshalb hat Rot-Rot-Grün im September 2019
850 Thüringen zum „sicheren Hafen“ erklärt und damit die Bereitschaft zum Ausdruck
851 gebracht, aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen. Geflüchtete Menschen sollen
852 in Thüringen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus diskriminierungsfrei und
853 menschenwürdig leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

- 854 • Wir werden jährlich einen Thüringer Willkommens- und Integrationsgipfel
855 ausrichten, der geflüchtete Menschen, öffentliche und gemeinnützige
856 Organisationen und Initiativen einlädt, die Thüringer Flüchtlingsaufnahme-,
857 Integrations- und Willkommenspolitik mitzugestalten. Mit der Erstaufnahme
858 der Asylsuchenden werden erste Schritte für ihre Integration in unsere
859 Gesellschaft unternommen. Wir wollen ein Clearingverfahren etablieren, das
860 die aktuelle Situation der Geflüchteten, berufliche Kenntnisse und
861 Fähigkeiten und besondere Bedarfe der Menschen erfasst und die Erstellung
862 individueller „Integrationspläne“ ermöglicht. Die Landkreise und
863 kreisfreien Städte wollen wir bei der Erstellung und Umsetzung von
864 Integrationskonzepten unterstützen. Die Ausländerbehörden werden wir zu
865 Einwanderungsbehörden mit Beratungs- und Bündelungsfunktion der
866 verschiedenen Willkommens- und Integrationsangebote umgestalten. Dazu
867 werden wir Modellprojekte starten.
- 868 • Wir werden die Aufnahmebedingungen und insbesondere die ärztliche Betreuung
869 in der bestehenden Erstaufnahmeeinrichtung verbessern. Um Klarheit bei den
870 Zuständigkeiten zu erreichen, wollen wir sie an das für Migration
871 zuständige Ministerium angliedern und damit die aktuelle Situation mit
872 mehreren Dienstherren beenden. Wir wollen ein Gewaltschutzkonzept, das ein
873 umfassendes Screening besonderer Schutzbedarfe sowie die Sicherstellung
874 einer bedarfsgerechten Begleitung und Unterstützung besonders
875 schutzbedürftiger Personen umfasst. Darin enthalten sind die Schulung der
876 Beschäftigten und die Einführung eines Beschwerdemanagementsystems für die
877 Bewohnerinnen und Bewohner in der Erstaufnahmeeinrichtung. Wir werden die
878 Kommunen bei der Umsetzung von Gewaltschutzkonzepten unterstützen.
- 879 • Wir wollen, dass geflüchtete Menschen in Thüringen ihren Wohnort frei
880 wählen können. Die dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns
881 eine wichtige Voraussetzung, damit sie ihr Leben selbstbestimmt gestalten
882 können. Dies wollen wir durch eine Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes
883 ermöglichen. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung muss auch für
884 Flüchtlingsunterkünfte gelten.
- 885 • Geflüchtete Kinder, Jugendliche und junge Volljährige erhalten entsprechend
886 den Bedarfen und Bedürfnissen psychosoziale Beratung und Therapie sowie
887 fachliche Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, auch über das 18.

- 888 Lebensjahr hinaus. Alterseinschätzung, Unterbringung und Clearingverfahren
889 von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten sollen ausschließlich
890 innerhalb der Jugendhilfe und nicht in Erstaufnahmeeinrichtungen durch das
891 Bundesamt für Migration und Flüchtlingen (BAMF) erfolgen.
- 892 • Zur Sicherstellung eines gleichberechtigten Zugangs zu Bildung und Arbeit
893 wollen wir ein flächendeckendes qualifiziertes Sprachkursangebot
894 implementieren und die Sprachförderung im Landesprogramm „Start Deutsch“
895 bis zum Sprachniveau B2 ausbauen. Vollziehbar ausreisepflichtige Personen,
896 deren Ausreise nicht möglich ist (weil etwa ein Abschiebeverbot besteht),
897 sollen nicht mit Arbeitsverboten von Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden;
898 Anträge auf eine Arbeitserlaubnis müssen zügig bearbeitet werden. Eine
899 landesrechtliche Vorgriffsregelung zur Ermessensduldung werden wir prüfen.
 - 900 • Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau einer qualifizierten,
901 behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung und die Sicherstellung
902 bedarfsgerechter Beratungs-, Unterstützungs- und Betreuungsangebote ein.
903 Die Beratungs- und Netzwerkarbeit des Flüchtlingsrats Thüringen e.V. werden
904 wir weiterhin institutionell fördern.
 - 905 • Entscheidungen über aufenthaltsbeendende Maßnahmen abgelehnter
906 Asylsuchender sind über Bundesrecht geregelt. Dennoch gibt es
907 landesrechtliche Möglichkeiten, unverhältnismäßige Härten zu vermeiden. Den
908 bestehenden Ministeriumserlass werden wir weiterentwickeln – wir werden zum
909 Beispiel Kindereinrichtungen, Schulen und Krankenhäuser zu Schutzräumen vor
910 Abschiebungen machen und Erkrankungen oder eine bestehende Schwangerschaft
911 zu Schutzgründen vor Abschiebungen erklären Auf Bundesebene setzen wir uns
912 für die Wiederherstellung des Grundrechtes auf Asyl und für die Abschaffung
913 diskriminierender Sondergesetze, etwa des Asylbewerberleistungsgesetzes,
914 ein. Wir halten an unserer Forderung fest, die Einvernehmensefordernis des
915 Bundesinnenministeriums zu Landesaufnahmeanordnungen nach § 23 Absatz 1 des
916 Bundes-Aufenthaltsgesetzes (AufentfG) aufzuheben.

917 **Frieden und Abrüstung aus Thüringen stärken**

- 918 Wir, DIE LINKE. Thüringen, setzen uns auch und gerade in Regierungsverantwortung
919 als konsequente Friedenspartei mit konkreten Maßnahmen für Entspannung in den
920 internationalen Beziehungen, für die zivile Konfliktlösung und das friedliche
921 Zusammenleben aller Menschen ein. Als Verbündete der Friedensbewegung und der
922 Abrüstungsbefürworterinnen und -befürworter treten wir für Rüstungskonversion
923 und das Verbot von Waffenexporten ein. Wir haben durchgesetzt, dass die
924 Bundeswehr ihre Rekrutenwerbung nur mit friedenspolitischer Begleitung an den
925 Thüringer Bildungseinrichtungen betreiben darf. Wir fordern ein Ende aller
926 Kriegseinsätze der Bundeswehr, auch um Soldatinnen und Soldaten zu schützen. Wir
927 wollen die Fluchtursachen tatsächlich bekämpfen und setzen uns deshalb für
928 aktive Friedensarbeit und die Schaffung von Perspektiven vor Ort ein.
- 929 • Wir werden auch zukünftig regionale und lokale Partnerschaften nutzen, um

930 im Sinne der Völkerverständigung zu wirken.

- 931 • Wir setzen uns gemeinsam mit dem „Netzwerk Rüstungskonversion Thüringen“
932 für ein Umdenken in Thüringer Betrieben und Unternehmen ein – das bedeutet
933 eine konsequente Umstellung der Produktion von militärischen Gütern auf
934 zivile Produkte. Wir werden auch weiterhin in der Landesbank Hessen-
935 Thüringen darauf dringen, dass es keine weitere Absicherung militärischer
936 Investitionen gibt.
- 937 • Wir werden ein Landesprogramm auflegen, um ehemals militärisch genutzte
938 Flächen und Gebäude für friedliche Zwecke nutzbar zu machen und um
939 Unternehmen Anreize zum Verzicht auf Rüstungsproduktion zu geben.
- 940 • Wir wollen ein vollständiges Verbot für Besuche von Jugendoffizierinnen und
941 -offizieren an Thüringer Bildungseinrichtungen. Bildung und Erziehung
942 sollen dem Frieden dienen. Wir stellen uns gegen Werbeveranstaltungen der
943 Bundeswehr auf öffentlichen Plätzen und wenden uns gegen jede Form der
944 Förderung durch die öffentliche Hand.

945 **Medien als Träger von Informationsfreiheit, Meinungsvielfalt und**
946 **Demokratie**

947 Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen in einem breit aufgestellten öffentlich-
948 rechtlichen Rundfunk einschließlich starker Internetangebote, in Printmedien mit
949 engagiertem investigativem Journalismus, im freien Zugang zum Internet für alle,
950 lokalen TV-Angeboten und den in Thüringen verankerten Bürgermedien als Zentren
951 demokratischer Mitwirkung die Zukunft einer demokratischen Medienwelt. Ihre
952 entscheidende Grundlage ist die Pressefreiheit, die wir gegen alle gegenwärtigen
953 und zukünftigen Angriffe verteidigen.

954 Wir sehen in der Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Informationen in den
955 elektronischen Medien, im Rundfunk und in den Printmedien einen wesentlichen
956 Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe. Jede und Jeder soll ungehindert am
957 weltweiten Informationsaustausch teilhaben können. Deshalb müssen flächendeckend
958 schnelle Netzanbindungen vorhanden sein. Wir wollen den barrierefreien Zugang zu
959 den vielfältigen Informations- und Kommunikationsangeboten unabhängig von den
960 sozialen Voraussetzungen und vom Wohnort vorantreiben.

961 Meinungsvielfalt und Demokratie erfordern eine auf Wissen und
962 Verantwortungsbewusstsein basierende Mediennutzung. Dem weiteren Ausufern von
963 Beleidigungen, Bedrohungen und anderen Delikten in den sozialen Medien müssen
964 wir mit den Mitteln des Rechtsstaats entgegenzutreten. Mittel- und langfristig
965 hilft im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung im Internet allerdings nur
966 die aktive Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, es braucht eine
967 „digitale Zivilgesellschaft“. Wir werden deshalb den Zugang zu
968 Informationsangeboten über die Rechtslage und Hilfsangebote für Betroffene von
969 Hass-Rede (Hate-Speech) erleichtern und hierbei die verschiedenen
970 zivilgesellschaftlichen Strukturen und die Thüringer Landesmedienanstalt
971 unterstützen. Das gilt ebenso für Informations- und Weiterbildungsmaßnahmen im

972 Zusammenhang mit digitaler demokratischer Debattenkultur, Quellenrecherche und
973 Informationspraxis.

974 *Öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Thüringen stärken*

975 Wir, Die LINKE. Thüringen, stehen für eine personelle und materielle Garantie
976 zur Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Um den öffentlich-
977 rechtlichen Rundfunk in der digitalen, miteinander verzahnten Medienwelt
978 zukunftsfähig zu gestalten, müssen wir die Strukturen der Anstalten regelmäßig
979 und transparent prüfen. Unser Schwerpunkt liegt dabei unter strikter Wahrung der
980 Programmautonomie auf dem Prinzip des Qualitätsjournalismus. Zugleich wollen wir
981 den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Rahmen regionaler, nationaler und
982 internationaler Wettbewerbssituationen nicht von der Teilhabe an künftigen
983 Medienformen ausschließen.

984 Mit Blick auf die anhaltende gesellschaftliche Diskussion zum Rundfunkbeitrag
985 sind Transparenz bei der Verwendung der Mittel, bei strukturellen Veränderungen
986 und beim wirtschaftlichen Umgang mit den Rundfunkbeiträgen unerlässlich.

- 987 • Wir, DIE LINKE. Thüringen, werden uns weiterhin dafür stark machen, dass
988 Thüringen angemessen an den MDR-Strukturen beteiligt wird.
- 989 • Wir stehen für klare Befreiungstatbestände für Sozialempfängerinnen und -
990 empfänger, Geringverdienende, Studierende, Seniorinnen und Senioren mit
991 geringen Renten und Menschen mit Einschränkungen.

992 *Medienstandort Thüringen ausbauen*

993 Thüringen besitzt mit seiner spezifischen Angebotsstruktur gute
994 Entwicklungsmöglichkeiten. Der Runde Tisch „Medienstandort“ hat vielfältige
995 Potenziale zum Ausbau von Strukturen und Vernetzungen aufgezeigt, die wir nutzen
996 und ausbauen werden. Die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen wie der TU
997 Ilmenau und dem Fraunhofer-Institut werden wir verstetigen und zielgerichtet
998 weiter fördern und unterstützen. Das umfasst ausdrücklich den Bereich von App-
999 Entwicklungen sowie den Spielbereich und das Feld der Entwicklung von Inhalten
1000 für Kinder- und Jugendmedien.

- 1001 • Wir werden die Förderungen für die Medienwirtschaft an zentraler Stelle
1002 bündeln, um die Aktivitäten des Landes effektiver zu gestalten. Hierbei
1003 sind die Strukturen der Ansiedlungs- und Gründerförderung einzubeziehen.
1004 Ziel ist eine aktive und strategische Medienstandortpolitik aus einer Hand.
- 1005 • Sowohl die kulturelle Filmförderung des Landes als auch die Beteiligung an
1006 der Mitteldeutschen Medienförderung (MDM) sind für unseren Standort
1007 bedeutend. Wir werden diese Förderungen ausbauen, um beste Effekte für die
1008 Beschäftigten und den Wirtschaftsraum zu erreichen.
- 1009 • Mit einer Medienstandortagentur werden wir den vielen in Medienberufen
1010 ausgebildeten Fachkräften die Möglichkeiten bieten, ihr Können und ihr
1011 Wissen im Freistaat so einzubringen, dass sie hier gefragte Medienprodukte
1012 realisieren können.

1013 *Medienvielfalt unterstützen*

1014 Die Bürgermedien in Thüringen sind eine Erfolgsgeschichte. Sie sind ein
1015 unverzichtbarer Bestandteil der demokratischen Mitwirkungs- und
1016 Willensgestaltung der Menschen an ihrem jeweiligen Lebensort. Sie geben
1017 Medienmacherinnen und -machern die Möglichkeit, konkrete Probleme, Fragen und
1018 Situationen aufzugreifen und zu thematisieren und animieren die Bürgerinnen und
1019 Bürger zur demokratischen Mitwirkung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die
1020 Anteile für die Finanzierung der Landesmedienanstalten aus dem Beitragsaufkommen
1021 gesteigert werden, um vor allem die Bürgermedien und die Medienkompetenzarbeit
1022 zu stärken.

1023 Für uns gehören private Radio- und Fernsehanbieter unabhängig von der
1024 wirtschaftlichen Ausrichtung und vom jeweiligen Erfolg zur Meinungsvielfalt in
1025 Thüringen. Wir werden uns unter Beachtung der Unabhängigkeit der Medien
1026 weiterhin für ihre umfassende Förderungen einsetzen, weil die rasante technische
1027 Entwicklung die lokalen Anbieter immer wieder vor finanzielle Herausforderungen
1028 stellt. Damit leisten wir unseren Beitrag, die Medienvielfalt in Thüringen zu
1029 erhalten und zu stärken.